



ARCHIWUM  
LEGIONÓW  
i N. K. N.  
NR 541

# Osterreichs Landwirtschafts = Politik nach dem Kriege.

Von  
Ferdinand Ritter von Pank,  
Reichsratsabgeordneter.

BIBLIOTEKA  
Generalnego Sekretaryatu  
Narodowego Komitetu Narodowego

1916

---

„Leykam” Verlag in Graz.







# Österreichs Landwirtschafts = Politik nach dem Kriege.

Von  
Ferdinand Ritter von Pantz,  
Reichsratsabgeordneter.

BIBLIOTEKA  
Generalnego Sekretaryatu  
Naczelnego Komitetu Narodowego.

1916

---

„Leykam“ Verlag in Graz.

Druckerei „Leytam“, Graz.

---

## V o r w o r t.

Daß Österreichs Landwirtschaftspolitik nach dem Kriege wird eine umwälzende Umformung erfahren müssen, haben die Erfahrungen des Krieges erwiesen und ist diese Erkenntnis zum Gemeingute weiter Kreise geworden.

Gestützt auf die von Professor Dr. Herkner im Auftrage des Vereines für Sozialpolitik in Berlin mit Jahresbeginn veröffentlichten fachkundigen, wenn auch nicht durchwegs widerspruchsfreien Arbeiten von Professor Dr. Eßlen, Professor Dr. Ballod, Professor Dr. Fellner, Dr. Meßner, Dr. Tjßka und Doktor Hainisch bin ich gerne der an mich ergangenen Aufforderung des Österreichisch-deutschen Wirtschaftsverbandes gefolgt, um in dessen Vollversammlung am 16. März laufenden Jahres in Wien über die Zukunftsaufgaben der österreichischen Agrarpolitik zu sprechen. Die zustimmende Aufnahme, die meine Ausführungen sowohl in der Presse als auch in breiten Kreisen fanden, veranlaßten mich, dem mehrfach geäußerten Wunsche nach Drucklegung zu entsprechen. Der Verlagsanstalt „Lehka“ danke ich für das mir hiebei bekundete Entgegenkommen.

Möge auch dieser kurze Umriss zur weiteren Diskussion jener wichtigen Probleme anregen, von deren richtiger Lösung abhängt, ob unsere vaterländische Landwirtschaft den durch den Zukunftsbestand des Staates gebotenen erhöhten Anforderungen in Produktion und Steuerleistung gewachsen sein wird.

G r a z, 24. März 1916.

P a n z.



---

Die Aufgaben unserer künftigen Wirtschaftspolitik dürfen wohl darin erblickt werden, die Interessen der beiden Hauptfaktoren unseres Wirtschaftslebens, der Landwirtschaft und der Industrie, auszugleichen und dabei die konsumierende Bevölkerung vor zu hohen Preisen zu schützen.

Auf den Schutz der letzteren war die österreichische Wirtschaftspolitik der letzten Jahre nicht hinreichend bedacht. Ihr Hauptaugenmerk galt dem Bestreben, die Produktion und die Einnahmen der Industrie und Landwirtschaft zu erhöhen. Die Kosten dieser Wirtschaftspolitik mußte der Konsument bezahlen. Diesem Zwecke diente auch die mit der neuen handelspolitischen Aera des Jahres 1906 inaugurierte Hochschutzzollpolitik. Dieses Wirtschaftssystem kann seine Berechtigung nach den geltenden volkswirtschaftlichen Grundsätzen, wenn auch als Erziehungsmittel vorübergehend gedacht, nur dann finden, wenn es durch dasselbe gelungen ist, die einheimische Produktion tatsächlich zu vermehren und die Einnahmen aus der vermehrten Produktion tatsächlich zu erhöhen. Nach diesen beiden Gesichtspunkten haben wir das geltende handelspolitische System zu prüfen, um daraus für die Zukunft die erforderlichen Schlüsse im Interesse der Erstarbung unserer Volkswirtschaft zu ziehen. Was unsere industrielle Zollpolitik betrifft, hat Ministerialrat Dr. Schüler vor einigen Jahren in der Gesellschaft österreichischer Volkswirte einen ebenso mutigen als ausgezeichneten Vortrag gehalten, in welchem er nachgewiesen hat, daß trotz der Hochschutzzölle in zahlreichen Industrien die angestrebte Produktionsvermehrung keineswegs eingetreten ist und die hohen Zölle auf Halbfabrikate vielfach

die Entwicklung unserer Finalindustrie und unseres Gewerbes hemmend beeinflusst haben; allerdings haben die Hochzölle auf den Gebieten einzelner Industrien zum erstrebten Erfolge geführt. Ungeachtet dieser Erkenntnis unterliegt es keinem Zweifel, daß in unserem Vaterlande eine Fortsetzung der bisherigen Handelsvertragspolitik mit Aufrechterhaltung der Hochzölle beabsichtigt war, und daß die Regierung diesbezügliche Entwürfe bereits vorbereitet hatte. Es eröffnete dies den bedauerlichen Ausblick auf die Erweiterung einer verderblichen Absperrungspolitik, die sich unserem Außenhandel als nicht förderlich erwiesen hat und unsere Handelsbilanz in den letzten Jahren ungünstig beeinflusste.

Der Krieg hat auch hier zu einem vollkommenen Umsturz geführt und uns vor neue und ungeheure Aufgaben gestellt, deren glückliche Lösung für die Neugestaltung Österreichs und die Entwicklung seiner Volkswirtschaft nach dem Kriege von entscheidender Bedeutung ist.

Den Teil dieser Probleme, der auf die landwirtschaftliche Produktion Österreichs Bezug hat, zu erörtern, ist der Zweck dieser Ausführungen. Wir haben uns zunächst die Frage zu stellen, welche Wirkung das geltende Wirtschaftssystem auf die agrarische Produktion Österreichs ausgeübt hat.

Zunächst auf die Getreideproduktion:

Wir sind mit der neuen handelspolitischen Ära des Jahres 1906 zu Getreide-Hochschutzzöllen übergegangen. Zur Veranschaulichung der Entwicklung des Zollschutzes für Getreide diene nachstehende Darstellung:

Weizen:	1878	zollfrei
	1882	K 1.20
	1887	K 3.60 (200 % Steigerung)
	1906	K 6.30 ( 75 %        "        )

Roggen:	1878	zollfrei
	1882	K 1.20
	1887	K 3.60 (200 % Steigerung)
	1906	K 5.80 ( 61 %        "        )

Eine Erweiterung des Kulturbodens konnte in Österreich nicht platzgreifen, weil in unserem Lande die für die landwirtschaftliche Kultur geeigneten Böden bereits längst in Anspruch genommen sind.

In Ungarn — auf unseren Schwesterstaat soll fortgesetzt Beacht genommen werden — hat eine, wenn auch nicht bedeutende Erweiterung des Kulturbodens platzgegriffen. Durch die hohen Zölle hat aber in Österreich die Getreidefläche einen immer größeren Anteil des Kulturbodens beansprucht:

1876 58 %                      1912 61 %

Diese Vermehrung der Getreidefläche hatte — eine erfreuliche Erscheinung — die Verminderung der Brache zur Folge: 1901 bis 1912 von 8·8 % auf 3·4 %.

Die Weizenfläche vermehrte sich 1876 bis 1913 um 18 %, Roggen- und Gersteflächen sind gleich geblieben. Die mit Mais bestellten Flächen sind trotz des hohen Zolles (K 2·80) um 20 % zurückgegangen. In Ungarn trat eine Vermehrung des Getreidelandes um 30 % ein, woraus das erhöhte Interesse Ungarns an diesen Zollerhöhungen ersichtlich ist.

Wie steht es nun mit den Erträgen? Hier ist ein Vergleich mit anderen Ländern zur Veranschaulichung nötig.

Auf 1 ha Weizen: 1908 bis 1912:	Österreich	. 13·7 q
	Ungarn	. 12·6 „
	Deutschland	20·7 „
	Norwegen	. 16·6 „

Auf 1 ha Roggen: 1908 bis 1912:	Österreich	. 13·8 „
	Ungarn	. 11·5 „
	Deutschland	17·8 „
	Norwegen	. 15·8 „

Diese Ertragnisse sind bei der verschiedenartigen klimatischen und territorialen Gestaltung Österreichs allerdings verschieden.

Weizen: Böhmen — Deutschland, im guten Erntejahr 1912, gleich,  
 Schlesien sehr ungünstig mit 11.5 q auf 1 ha  
 Steiermark . . . . . 11 " " 1 "  
 Krain . . . . . 7.3 " " 1 "

Die Ertragnissteigerung beträgt in Österreich im Verhältnisse der Jahre 1903—1907 zu den Jahren 1908—1912 kaum 1 %, in Ungarn kaum 1/2 %, im Deutschen Reiche 2—3 %.

Dr. Erich Pistor berechnet\* bei Zugrundelegung mäßig angelegter Preise und der 1902 bis 1911 in Österreich-Ungarn in Verwendung gestandenen Anbauflächen den Erfolg der Intensivierung unseres Getreidebaues nur in dem in Norwegen erzielten Ausmaße mit 800 Millionen Kronen im Jahre.

Wie hoch können nun die durch den Zollschutz verursachten Aufwendungen veranschlagt werden?

Da Österreich-Ungarn seit 1906 in die Reihe der ständig Getreide importierenden Staaten eingetreten ist, haben die Getreidezölle ihren Zweck, den Inlandspreis zu erhöhen, erwiesenermaßen erreicht. Die Aufwendung an Zollschutz für das in Österreich konsumierte Brotgetreide eigener Erzeugung kann in den letzten Jahren vor dem Kriege mit 45 Millionen Kronen jährlich berechnet werden, für das aus Ungarn eingeführte Getreide und Mehl mit 70 Millionen Kronen.

Welche Wirkungen hat dieser Zollschutz nun auf die Preise ausgeübt? Die zehnjährigen Durchschnittspreise von 1897 bis 1906, verglichen mit den Durchschnittspreisen von 1907 bis 1909, weisen nach den amtlichen Notierungen der Wiener landwirtschaftlichen Produktenbörse

für Marchfeld = Weizen eine	33	%ige
„ österreichischen Roggen eine	30.4	%ige
„ Mais eine	22	%ige
„ Hafer eine	28	%ige

Preissteigerung auf.

\* Dr. Erich Pistor: Die Volkswirtschaft Österreich-Ungarns und die Verständigung mit Deutschland. (Berlin, Verlag Georg Dumer).

Der Preissteigerung des Getreides folgte die Preissteigerung des Mehles und Brotes. Im Vergleiche zu den Durchschnittspreisen der Jahre 1897 bis 1906 stiegen am Wiener Plage

das Weizenmehl Nr. 0	1907 bis 1909	um 26 %
„ Futtermehl Nr. II	1907 bis 1909	um 13 %
„ Roggenmehl Nr. I	1907 bis 1909	um 28 %
die grobe Weizenkleie	1907 bis 1909	um 31 %

Das Gewicht des Roggenbrotes nahm beispielsweise um ein Drittel ab, der Roggenbrotpreis um ein Drittel zu. Bemerkenswert ist, daß die Preissteigerung in Budapest höher ist als in Ostdeutschland, in Wien höher als in Berlin. Der deutsche Nationalökonom Roncador berechnet für eine normale Familie aus fünf Köpfen aus den Getreidezöllen eine jährliche Mehrausgabe für Brot und Mehl von etwas über 50 Mark. Für Österreich stellen sich die Verhältnisse annähernd gleich.

Die angeführten Daten erweisen daher, daß eine Produktionsvermehrung nicht stattgefunden hat, wohl aber eine ungeheure Preissteigerung, welche zu einer ungeheuren Verteuerung der Lebenshaltung führte, die von den armen Klassen, für welche Brot und Mehl die Hauptnahrungsmittel bilden, um so schwerer ertragen werden, als der für Nahrungsmittel aufzuwendende Teil des Einkommens im Verhältnis zu den übrigen Ausgaben außerordentlich hoch ist.

Der Zweck der Produktionsvermehrung wurde nicht erreicht, lediglich jener der Erhöhung des Einkommens aus der Getreideproduktion.

Welche Wirkungen hat nun das geltende handelspolitische System auf dem zweiten Hauptgebiete der landwirtschaftlichen Produktion, auf dem der Viehproduktion, ausgelöst?

Auch hier äußerte sich das Wirtschaftssystem in einer Ab-sperrungspolitik, die von Deutschland ihren Ausgang nahm und sich gegen Osten fortsetzte. Die Handelsverträge mit dem Deutschen

Reiche brachten seit 1882 fortgesetzte Erschwerungen im Viehverkehr. 1906 traten noch an Stelle der niedrigeren Stückzölle hohe Gewichtszölle.

Die Steigerung der wirtschaftlichen Bedeutung des Brotgetreides, die Ausdehnung der mit Brotgetreide bestellten Flächen und die gesteigerten Preise für Futtergetreide sind wohl außer Zweifel mit die Ursache, daß ein erhöhter Rinderstand nicht erzielt wurde, wodurch eine Beeinträchtigung der bäuerlichen Wirtschaften, die auf der Grundlage der Viehproduktion aufgebaut sind, eintrat. Ich habe darauf in einer im Jahre 1910 erschienenen Studie „Die Hochschutzzollpolitik und der österreichische Bauernstand“\* bereits verwiesen und haben die Ergebnisse der Viehzählung des Jahres 1910 die Richtigkeit der von mir aufgestellten Behauptungen bestätigt. Die Zahl des Rindviehes hat in Österreich 1900 bis 1910 nicht zu-, sondern abgenommen:

1900 . . . . .	9,507.000
1910 . . . . .	9,160.000

also ein Rückgang von 347.000 Stück.

In Ungarn kann von einer wesentlichen Vermehrung des Rinderstandes in diesem Zeitabschnitte ebenfalls nicht gesprochen werden. Im Deutschen Reiche erhöhte sich 1907 bis 1914 die Zahl der Rinder um 1,200.000 Stück.

Was den Rückgang des Rinderstandes in Österreich betrifft, weisen auch hier die Gebiete des Staates verschiedene Resultate auf. In den Alpenländern ein Rückgang, in den Karstländern Stillstand, in den Karpathenländern der mäßige Zuwachs von 220.000 Stück, in den Sudetenländern ein Zuwachs von 326.000 Stück.

In der Schweine-Produktion wurde die erstrebte Produktionsvermehrung erreicht.

In Österreich:	1900 . . . . .	4,682.000
	1910 . . . . .	6,432.000
Im Deutschen Reiche:	1900 . . . . .	16,807.000
	1912 . . . . .	21,923.000

\* Verlag: Hofbuchhandlung Fricz, Wien.

In Ungarn ist eine Zunahme der Schweine-Produktion in diesem Zeitabschnitte nicht zu konstatieren.

Für die österreichische Vieh- und Fleischproduktion berechnet Professor Ballod den Zollgewinn 1907 bis 1911 mit jährlichen 50 Millionen Kronen, wofür die österreichische Landwirtschaft für eine Million Tonnen Futtergetreide, hauptsächlich Mais, einen Zollprofit von 30 Millionen Kronen jährlich an Ungarn erlegen muß.

Mais kostete 1897 noch 4 K 87 h, 1909 8 K 6 h per q. Diese Steigerung des Maispreises beinhaltet eine ungeheure Verteuerung der österreichischen Viehhaltung, weshalb ich 1912 im österreichischen Abgeordnetenhaus den Antrag auf Herabsetzung des Maiszolles stellte. Dieser Antrag wurde mit Zustimmung vieler bäuerlicher Abgeordneter der Alpenländer angenommen, was seitens der österreichischen Regierung in den Ausgleichsverhandlungen mit Ungarn nachdrückliche Beachtung finden möge. Der hohe Maispreis führte zur Verfütterung unserer hochklassigen Gerste, für deren Produktion wir durch unsere Böden und die Gunst des Klimas konkurrenzlos dastehen. Hier liegt ein Moment größter Bedeutung für unsere Valuta! Mais- oder Futtergerstenzoll bedarf der Herabsetzung, soll die Verschwendung mit den Reichtümern unseres Landes in Zukunft vermieden werden!

Welche Wirkungen traten in der Fleischpreisbildung ein?

1904 bis 1913: Rindfleisch in Wien . . . . .	44.6 %
Kalbfleisch . . . . .	54 %
Schweinefleisch . . . . .	49 %

Preissteigerung.

Die Fleischsteuerung war in den letzten zwei Jahren vor dem Kriege in Osterreich-Ungarn wesentlich empfindlicher als in Deutschland.

## Unsere Schafzucht,

1880 . . . . .	3,841.000 Stück
1910 . . . . .	2,428.000 „

könnte wieder auf die Höhe des Jahres 1880, ja weit darüber hinaus, gebracht werden. Dies setzt allerdings die Beseitigung der Bedrängung der alpenländischen Wirtschaften durch den Großgrund- und Jagdgutsbesitz voraus. Das Schafffleisch ist noch heute ein regelmäßiger Bestandteil der Fleischkost unserer Landbevölkerung über den ganzen Winter.

Wie wir sehen, ist also auf dem Gebiete der Rinderproduktion eine Vermehrung derselben nicht eingetreten, sondern es wurde auch hier lediglich eine Erhöhung des Einkommens aus dieser Produktion erzielt.

Wir betreiben also eine Preispolitik, aber keine Produktionspolitik. Dieses Wirtschaftssystem können wir unmöglich nach dem Kriege aufrechterhalten, ohne wirtschaftlich zu verfallen.

Der Krieg hat uns nun die Fehler unseres Wirtschaftssystems mit rücksichtsloser Schärfe vor Augen geführt.

Zunächst trat die bedauerliche Erscheinung ein, daß weder in Deutschland noch in Oesterreich nennenswerte Getreidevorräte vorhanden waren, während große Kaffee-, Reis- und andere Vorräte an Kolonialwaren aufgestapelt waren. Unser Wirtschaftssystem führte zur möglichsten Einschränkung der Getreidevorräte, um die Getreidepreise hoch zu halten. Die Preise stiegen außerordentlich, bei uns in Oesterreich noch höher als in Deutschland, für Weizen um das Doppelte, für Roggen um das Vierfache. Dazu zu wenig an tierischen Produkten, zu wenig Fleisch, zu wenig Milch, zu wenig Fett usw. — eine ungeheure Steigerung der Vieh-, Fleisch- und Fettpreise. Erscheinungen, denen zufolge es an der Zeit ist, mit allem Nachdruck die Forderung zu erheben, daß für die Zukunft anders vorgeorgt werden muß. Wir werden nicht vergessen, daß trotz unserer militärischen Überlegenheit eine Zeitlang der Aus- hungerungsplan unserer Feinde an Bedeutung gewann. Da uns Ungarn im Vorjahre das Maiskontingent nicht eingedeckt hat und

für 1915/16 in der Einfuhr des kontingentierten Getreides in hohem Maße zurückblieb, bestätigt sich nunmehr — worauf seit Jahren von einsichtigen Volkswirten hingewiesen wurde —, daß die eigene Körnerproduktion Österreich-Ungarns nicht hinreicht, unseren Jahresbedarf zu decken. Wir sind nunmehr über die daraus erwachsenen Gefahren hinaus und verdanken die Raschheit deren Beseitigung der militärischen Organisation des Schleppdienstes auf der Donau und des Bahndienstes, der uns rasch in den Besitz der angekauften rumänischen Getreidemengen brachte.

In dem Mangel an Mehl und an Schlachtvieh liegt aber die ernstste Warnung, für die Zukunft ganz anders vorzusorgen, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Die Aufgabe, die gestellt ist, lautet: Genug und zu mäßigen Preisen!“

Die Sorge der Regierung wandte sich nach Kriegsausbruch der Deckung des Konsums zu und zu dessen Schutze wurden Verordnungen weitestgehender Art erlassen. Es erfolgte die Aufhebung der Agrarzölle, verspätet, ohne Wirkung, die Einführung der Höchstpreise, verspätet, zunächst für den Kleinhandel und dann erst für den Großhandel, die Einführung der Brotkarte mit der geringen Zumeßung von Brot und Mehl per Kopf, in Ungarn erst vor wenigen Wochen, die Schaffung der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt als Zentrale des monopolisierten Getreidehandels, Maßnahmen, die durchaus gerechtfertigt, aber durchwegs verspätet waren. Die Sorge für die Konsumenten wird in der Zukunft an Bedeutung gewinnen, und die Organisation der Volksernährung eine Aufgabe der Regierung bleiben.

Ungeachtet dieser Erfahrungen — wir haben in Österreich im Winter 1914 bis 1915 infolge des für die Broterzeugung verwendeten schlechten Maises bitteres Brot gegessen — versuchen die an der Getreideproduktion interessierten Kreise, die Getreidezölle mit der Glorie des Ruhmes zu umgeben und mit kluger Ausnützung des leider sehr mißbrauchten Schlagwortes der Autarkie, d. i. der Selbstversorgung, die Sache so darzustellen, als ob man den Getreidezöllen das Mißlingen des Aushungerungs-

planes unserer Feinde zuzuschreiben hätte. Diese Behauptung widerspricht der Logik der Tatsachen, denn bei dem Vorhandensein großer Getreidevorräte bei Ausbruch des Krieges, deren Mangel wir auf die hohen Zölle zurückzuführen haben, wären wir ohne Zweifel im ersten Jahre ganz anders gefahren, wären reichlich mit Getreide eingedeckt gewesen und hätte der Aus hungerungsplan unserer Feinde nicht an Nährboden so gewinnen können, wie dies infolge des Mangels von namhaften Getreidevorräten der Fall war. Es ist daher die Behauptung wohl gerechtfertigt, daß wir mit anderen Maßnahmen als den Getreidezöllen den Aus hungerungsplan unserer Feinde billiger und wirksamer verhindern konnten, als durch die jahrelange Zollrüstung. Der Forderung nach der Beibehaltung des gegenwärtigen Wirtschaftssystems müssen wir daher im Interesse der Staatssicherheit und militärischen Bereitschaft ebenso wie im Interesse unserer Volkswirtschaft mit allem Nachdrucke begegnen und unser Hauptaugenmerk für die Zukunft auf die Schaffung hinreichender Vorräte lenken. Das Verhältnis zwischen Bevölkerungsvermehrung und landwirtschaftlicher Produktionsvermehrung wird sich fortgesetzt ungünstiger gestalten. Wir finden in der Geschichte das Musterbeispiel fürsorglicher Vorsorge für die Kriegszeit in den Getreidemagazinen „Friedrichs des Großen“, wo so viel Korn aufgespeichert wurde, um Armee und Bevölkerung durch 1½ Jahre hinreichend zu versorgen. Die Vorratswirtschaft widerspricht nicht der Vorsorge für den heimischen Getreidebau, welcher als Grundlage der Ernährung besonders zur Vorratsergänzung in Kriegszeiten erhalten bleiben muß.

Das System des Getreidemonopols ist nun geeignet, mit der Sicherstellung der geeigneten Vorräte und der Stabilisierung der Preise auch den Schutz des heimischen Körnerbaues zu vereinen.

Was den Schutz der heimischen Brotgetreideerzeugung betrifft, habe ich in meiner vorerwähnten Schrift nachgewiesen, daß die

bäuerliche Produktion daran nur geringes Interesse hat und daß aus derselben nur großbäuerliche Besitzungen mit einer Fläche von über 20 Hektar erheblichen Nutzen ziehen. Mit allem Nachdrucke werden wir dessenungeachtet den Ruf nach der Schaffung des Getreidemonopols erheben müssen, weil wir von demselben die Ausgleichung der Preise, die Ausgleichung schwankender Ernteerträge, den Schutz der heimischen Produktion, die Sicherung des Konsums im Frieden und Kriege und den Ausgleich zwischen den widerstreitenden Interessen der Getreideproduzenten und Konsumenten erwarten können. Was die Verbesserung der Technik des Getreidebaues betrifft, wäre vor allem für die Beistellung von verbessertem Saatgut und moderner Pflege zu sorgen. Eine tiefe Behauung des Bodens sichert nach wissenschaftlichen Erfahrungen gleichmäßige Ernten und beugt schwankenden Ernteerträgen vor. Die Einführung des Getreidemonopols in Österreich ist trotz unseres Zollverbandes mit Ungarn durchaus möglich. Wenn auch Deutschland zur Einführung des Getreidemonopols gelangt, was dort noch leichter ist als bei uns, wäre auch an den gemeinsamen Einkauf des Bedarfes der aus dem Auslande einzuführenden Quantitäten zu denken, was gewiß auch verbilligend auf den Einheitspreis einwirken würde. Mit dem Getreidemonopol ist uns einer der Zukunftswege unserer Agrarpolitik gewiesen. Ich verweise hierüber auf die interessante Studie von Dr. Michael Hainisch: Das Getreidemonopol. Auf jeden Fall haben wir aber einer sukzessiven und systematischen Herabsetzung der Getreidezölle für die Zukunft das Wort zu reden und unter allen Umständen für die Aufhebung der Zölle für Futtergetreide einzutreten, um unserem Viehstapel die volkswirtschaftlich so sehr gewünschte Vermehrung zu geben und damit so weit als tunlich für genügend Fleisch, Milch und Fett zu sorgen. Dies enthebt uns aber noch immer nicht, großes Gewicht auf die Sicherstellung des Landweges nach dem Orient für Ernährungs- und Rohstoffe zu legen, um uns vom Seewege unabhängig zu machen, denn von einer Selbstversorgung können wir beispielsweise in Getreide auch

für den Fall eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes, dem Deutschland, Polen und Österreich-Ungarn angehören, noch immer nicht reden.

Der Krieg hat in den weitesten Kreisen das Interesse für die Bedeutung der heimischen Landwirtschaft geweckt und dieses Interesse wird wohl noch vermehrt, weil wir zur Deckung der ungeheuren finanziellen Lasten, die wir nach dem Kriege zu tragen haben werden, alle produktiven Kräfte des Landes auszunützen bestrebt sein müssen: auch dabei kommt unserer Landwirtschaft ein wesentlicher Anteil zu, ja ohne ihre bedeutende Beitragsleistung würden wir nicht in der Lage sein, unsere Schulden zu tilgen.

Der Kapitalwert der landwirtschaftlichen Liegenschaften Österreichs wird von Prof. Ballod auf 17 Milliarden Kronen geschätzt, nur zwei Fünftel des Wertes der preussischen landwirtschaftlichen Liegenschaften. Die Verzinsung dieser Liegenschaften ist eine geringe — Prof. Ballod setzt für Pachtgründe in Böhmen bei Einzelparzellen eine Verzinsung von 1 %, bei ganz verpachteten Gütern eine Verzinsung von 2 bis 3 % des Verkehrswertes ein. Land- und Forstwirtschaft in Österreich setzt nach Ballods Berechnung rund um 2½ Milliarden Kronen Produkte an die nicht landwirtschaftliche Bevölkerung ab. Wenn eine Vermehrung der Produktion gelingt, läßt sich leicht ermessen, welche ungeheuren Beträge unserem Staate an Mehreinnahmen erwachsen. Welche Mittel kämen für die Erzielung der Produktionsvermehrung unserer Landwirtschaft in Betracht? Dieselben sollen nachstehend kurz angedeutet werden: Die Ertragssteigerung in Körnerfrüchten hängt zunächst von der Verbesserung der Technik des Getreidebaues ab. Die Vermehrung der Viehproduktion ist durch Erschließung reicher Futtermittelquellen, die Züchtung geeigneter Rinderrassen auf Fleisch und Milch ohne Modetorheiten anzustreben. Wir besaßen 1911 4,9 Millionen Milchkühe mit dem Ertrage von 5,880 Millionen Liter Milch, einen Verkauf von 3,000 Millionen Liter Milch mit einem Erlöse von 480 Millionen Kronen (Einheitspreis 16 h). Der Milchverkauf bringt also der österreichischen Landwirtschaft rund ebensoviel

Einnahmen, wie der Viehverkauf oder der Getreideverkauf. Der Erlös aus Getreide, Vieh und Milch beträgt zusammen  $1\frac{1}{2}$  Milliarden Kronen. Auf diesem Gebiete sind durch eine zielbewußte Wirtschaftspolitik, wobei der Schule und den genossenschaftlichen Organisationen ein wesentlicher Anteil zukommt, vervielfachte Erträge zu erzielen. Das System der Wanderlehrer hat die erwarteten Erfolge nicht gebracht, hingegen hat die Beispielwirtschaft dort, wo sie wie z. B. in Bosnien eingeführt ist, sich erfolgreich bewährt. Von allererster Bedeutung für Ertragsvermehrungen sind die Kommassationen, d. i. die Zusammenlegung von Grundstücken, Maßnahmen zum Schutze der Alpen und Weiden und Förderung der Alpen- und Weidewirtschaft. Auf diesem Gebiete wurde in Oesterreich seitens der Regierung erfolgreich, aber in unzulänglichstem Maße begonnen. In Niederösterreich und Mähren ist bei 105 zusammengelegten Gebieten mit 76.941 ha Fläche mit 10.718 Beteiligten die Parzellenanzahl von 112.084 auf 27.000, somit um 77 % vermindert worden und wurde dabei eine Wertsteigerung von 31 Millionen Kronen (für 1 ha 403 K) erzielt. Diese Erfolge sind gewiß befriedigend. Für die Einführung der agrarischen Operationen wurde durch ein Reichsrahmengesetz im Jahre 1883 Vorsorge getroffen. Nur langsam folgten aber die Landtage den durch das Reichsgesetz gegebenen Anregungen, und noch heute ist in den Ländern Böhmen, Bukowina, Istrien, Dalmatien und Vorarlberg das bezügliche Landesgesetz ausständig. Hofrat von Philippovich hat jüngst auf unsere mangelnde Kommassationspolitik hingewiesen; der Mißerfolg liegt einerseits in der komplizierten Verwaltung zwischen Staat und Land — wegen jedes einzelnen Geometers muß verhandelt werden, das Land gibt die Vorschüsse hiefür, die Kosten werden nachträglich von den Parteien aufgebracht — andererseits in dem hiefür verfügbaren, vollkommen unzureichenden Kredite. Die gegenwärtige Kreditpost des österreichischen Staatsbudgets beträgt für Kommassierungen . 758.000 K  
die Landescredite . 539.000 „  
zusammen . 1,297.000 K

In Preußen beträgt der gleiche Kredit 15,700.000 K, ist

demnach zehnmal größer als wie bei uns. Die Kosten für die beteiligten Parteien sind viel zu groß und die Rückersätze müssen in einem mäßigen Tariffaße festgestellt werden, zugleich sollte aber auch außer dem relativen Zwange ein größerer absoluter Zwang vorgesehen werden, um die Aktion der Zusammenlegung in große Bahnen zu bringen. Was die Kommassation für den Landbau der Ebene bedeutet, beinhaltet die Weide- und Alpenverbesserung für die Viehzucht und Fleischproduktion des Gebirges.

Der gegenwärtige Kredit für die Alpenmeliorationen beträgt 480.000 K, das zu meliorierende Gebiet umfaßt 1,400.000 ha, wovon mindestens die Hälfte der Verbesserung bedarf. Es wären also mindestens 32 Jahre zur Durchführung erforderlich. So viel Zeit haben wir nicht. Eine rasche Durchführung ist unerläßlich und die Krediterhöhung müßte unbedingt sich auf die Summe von 1,500.000 K erstrecken; damit wäre die Durchführung der Aktion in 10 Jahren gesichert. Alle Landes- kulturangelegenheiten werden aber in der Zukunft als Staatsangelegenheiten anzusehen sein und als Angelegenheiten vom allgemeinen und volkswirtschaftlichen Interesse, die nur vom Staate einheitlich und dadurch wirksam geregelt werden können, im Ackerbauministerium und bei den Landesbehörden konzentriert werden müssen. Es ist nicht gedient, wenn in einer „Musterwirtschaft“ die zweckmäßige Anwendung aller technischen Fortschritte zu Höchsterträgen führt. Nur in der allgemeinen Verbesserung der Betriebe sind die ins Gewicht fallenden großen Erträgnissteigerungen unserer Landwirtschaft zu erzielen und an dieser allein hat der Staat das Interesse. Nur eine umfassende staatliche Verwaltung kann zu diesem Erfolge führen.

Der weitere Weg, den wir zu betreten haben, wird uns durch die Auswanderung gewiesen. 250.000 zu nahezu gleichen Teilen aus Österreich und Ungarn, dazu 400.000 Saisonwanderer, jährliche Auswanderung im Durchschnitte der Jahre 1910—1912. Die ungeheuren Volksverluste durch den Krieg können nur durch

eine Verringerung der Auswanderung ausgeglichen werden. Unsere Überseewanderung ist hauptsächlich hervorgerufen durch die Ungunst der landwirtschaftlichen Verhältnisse, durch das Vorwiegen der großen Betriebe in weiten Gebieten, besonders im Osten des Staates. Eine Vermehrung der Kleinbetriebe ist unerlässlich, wenn wir nach dem Kriege zu einer wirklichen Erstarbung Österreichs kommen sollen. Eine intensive innere Besiedlungspolitik ist die Hauptaufgabe der Agrarpolitik der Zukunft. Auch unsere Eisenbahntarifpolitik wird Reformen zu unterwerfen sein. Die Frachten aus Böhmen nach den Alpenländern sind derart hoch, daß Wien und die Alpenländer in ihrer Getreideversorgung ausschließlich auf Ungarn angewiesen sind. Unsere Getreidefrachten sind um das Drei- bis Vierfache höher als in Rußland und Amerika, 30 bis 50 % höher als in Deutschland. Per Tonnenkilometer 7 h, in Deutschland 4½ h. Eine starke Herabsetzung der Frachttätze ist unerlässlich. Auch die Wasserfracht ist gleich hoch. Wien—Orsova per Tonne 17 bis 20 K, von den rumänischen Getreidezentren bis Wien 30 bis 40 K, Odessa—Wien 40 K per Tonne, Odessa—Rotterdam—Mannheim, Hauptgetreideplatz des Deutschen Reiches, nur 12 Mark. Dies erklärt, daß die Weizenpreise in Wien höher sind als in Frankfurt. Hinsichtlich unserer Viehtransporte muß Raschheit und Pünktlichkeit angestrebt werden, was bei lebendem Vieh wichtiger ist, als der Tarif, weil die Gewichtsverluste außerordentlich hoch sind. Unser Eisenbahntarif begünstigt ferner die Ausfuhr von unbearbeitetem Rundholz und schädigt auf diese Weise die heimische Sägeindustrie.

Ein trauriges Kapitel unserer Landwirtschaftspolitik ist die Unterbindung der Verwendung von Kunstdünger und Maschinen. Nach den statistischen Ausweisen des internationalen Agrarinstitutes in Rom beträgt der Kunstdüngerverbrauch in 1000 Tonnen:

	Deutschland:	Österreich:	Ungarn:
	1910	1911	1910
Knochenmehl . .	81	25	—
Superphosphat .	1267	224	189
Thomasmehl . .	1429	225	14

	Deutschland:	Österreich:	Ungarn:
	1910	1911	1910
Salpeter . . . .	542	40	9.4
Ammoniak . . . .	268	4	1.4
Kalijalz . . . .	2219	23	15.6

Dieser geringe Verbrauch in Österreich erklärt sich aus den hohen Preisen, durch die bei uns die Verwendung von Kunstdünger in der Landwirtschaft unterbunden wird. Dieselben sind um 25 Prozent teurer als in Deutschland, Kalijalze sogar um 100 Prozent. Nicht anders ist es mit den landwirtschaftlichen Maschinen; auch diese sind durchwegs um 25 Prozent teurer als in Deutschland, um 50 Prozent teurer als in Rußland und Amerika. Eine Mähmaschine, die in Rußland 350 K kostet, kostet in Österreich 700 K.

Unsere Maschinenindustrie ist durch die hohen Roheisenzölle und in deren Folge durch die hohen Eisenpreise in ihrer Produktion schwer beeinträchtigt.

Nachstehend eine vergleichende Angabe der Roheisenzölle bei uns und in Deutschland.

	Österreich:	Deutsches Reich:
	Zollsatz für	
Roheisen . . . . .	K 1.50	Mk. 1.—
Luppen . . . . .	K 3.40	Mk. 1.50
vorgewalztes Halbzeug	K 4.50	Mk. 1.50
Stabeisen . . . . .	K 6.— bis K 7.—	Mk. 1.— bis Mk. 2.50
Bleche . . . . .	K 9.— bis K 15.50	Mk. 3.— bis Mk. 4.50
verzinnnte Bleche . . .	K 18.— bis K 21.50	Mk. 5.— bis Mk. 5.50
gewöhnlichen Draht . .	K 9.50 bis K 14.—	Mk. 2.50 bis Mk. 4.50
Gußröhren . . . . .	K 7.20 bis K 24.50	Mk. 2.50 bis Mk. 6.—

Die Preisunterschiede zeigen nachstehende Angaben:

	Österreich:	Deutsches Reich:
	1907	1907
Roheisen	120 K	97 K
Flußtabeisen	235 „	163 „
Träger	242 „	146 „
Kesselblech	320 „	180 „

Die obigen Zahlen erweisen die Richtigkeit der Behauptung des Eisenkartells, daß die höheren Roheisenpreise für die verminderte Leistungsfähigkeit unserer Maschinenindustrie nicht in Betracht kommen.

Auch das landwirtschaftliche Kreditwesen bedarf der Reformen. Es fehlt die allgemeine Einführung der unkündbaren, niedrig verzinsbaren Annuitätshypothek. Die Belehnung erfolgt nur bis zum Sechzehn- und Zwanzigfachen des Katastralertrages (in Deutschland das Doppelte), bis höchstens ein Drittel des Verkehrswertes, nicht zwei Drittel, wie ursprünglich vorgesehen war. Die derzeitigen hohen Einlagen und Rückzahlungen häuerlicher Besitzer in den Raiffeisenkassen und Sparkassen sind nur zum Teil als Gewinn zu verbuchen, ein namhafter Teil dieser Einlagen ist versilberter fundus instructus.

Was die Besteuerung unserer Landwirtschaft anbelangt, so darf an eine Erhöhung der Grundsteuer für die Zukunft nicht gedacht werden. Unsere Grundsteuer beträgt 22·7 % des Katastralreinertrages, in Preußen 10 %. Seit Einführung der allgemeinen Einkommensteuer ist dieser Prozentsatz auf zirka 18 % vermindert. Preußen hat die Grundsteuer den Gemeinden überwiesen und beläuft sich dieselbe samt den Steuern für Gebäude und Schulen auf höchstens 30 %. Bei uns in Oesterreich kommen zur staatlichen Grundsteuer die Landes-, Bezirks- und Gemeindeumlagen, in Böhmen bis zu 160 %, in Steiermark bis zu 300 % und in Tirol darüber. Bei derartigen Steuern, die nach dem Kriege voraussichtlich noch Erhöhungen erfahren dürften, kann von einer Erhöhung der Grundsteuer wohl nicht die Rede sein. Die erhöhten Beitragsleistungen der Landwirtschaft für den Staat, deren unsere Finanzverwaltung in der Zukunft nicht entraten kann, werden am gerechtesten und zweckmäßigsten im Wege der Personaleinkommensteuer zu erzielen sein.

Große Bedeutung wird in der Zukunft der Herstellung eines möglichst unmittelbaren Verkehrs zwischen Erzeuger und Verbraucher in allen wichtigen Artikeln der Volksernährung zufallen. Der ungesunde Zwischenhandel

wird mit Entschlossenheit zu bekämpfen und zu beseitigen sein. Im Viehverkehr ist der Zwischenhandel wohl nicht zu entbehren, aber es sind energische Maßnahmen notwendig, um die Aufstapelung von Schlachtvieh zum Zwecke der willkürlichen Beschickung der großen Märkte, wie dies gegenwärtig der Fall ist, zu verhindern. Auch wird die Festlegung des Ladenpreises für Fleisch durch die Regierung im Verhältnis zu den jeweilig amtlich erhobenen Viehpreisen zu erwägen sein. Auch das Kreditwesen im Handel mit Agrarprodukten bedarf der Regelung und Förderung der Regierung. Ferner wird auf den Ausbau des Versicherungswesens gegen Tierkrankheiten, sowie gegen Futtermisgernten Bedacht zu nehmen sein.

Was unsere Forste betrifft, deren Gesamterlös sich im Durchschnitt der letzten Jahre mit 400 bis 500 Millionen Kronen bezifferte, müssen wir die schlechte Bewirtschaftung unserer Privatwälder mit Ausnahme der Wälder der Privatdomänen zugeben. Eine erhöhte Forstpolizei mit fürsorglicher Förderung und Beratung des kleinen Waldbesizers sowie deren Organisation ist anzustreben. Bei unseren Staatsdomänen können durch Beseitigung des Bureaokratismus und rationellere Bewirtschaftung höhere Erträge erzielt werden. Der Nutzen unserer Staatsdomänen beträgt kaum ein Achtel der Erträge der preußischen Staatsforste. Der Wert des Holzes steigt ständig, weshalb der Waldwirtschaft bei dem Walddreichtum Österreichs (32,6 % der Gesamtfläche) für die Zukunft erhöhte Bedeutung zukommt.

Die ungünstigen Produktionsverhältnisse unserer Landwirtschaft haben zur Folge, daß unsere Grundrente um die Hälfte bis zwei Drittel niedriger ist als im Deutschen Reiche. Ich halte die angedeuteten Reformen für geeignet, um wesentliche Steigerungen unserer Grundrente herbeizuführen.

Eine Frage von der allergrößten Bedeutung ist die der kommenden handelspolitischen Beziehungen zum Deutschen Reiche. Die Aufrechterhaltung der Vertragspolitik wird sich viel schwieriger gestalten als die Schaffung eines Wirtschaftsbundes mit gemeinsamem Außentarif, dem keine Schwierig-

keiten entgegenstehen, da die österreichischen landwirtschaftlichen Zölle seit 1906 nur wenig von jenen des Deutschen Reiches abweichen.

Unsere landwirtschaftliche Ausfuhr nach dem Deutschen Reich, die sich mit 58 % unserer Gesamtausfuhr bezieht, hat im Laufe der letzten Jahrzehnte wesentliche Veränderungen erfahren. Trotz der Ungunst der Verhältnisse, der hohen Getreidezölle, mit denen Deutschland voranging, strenger veterinärpolizeilicher Maßnahmen, hoher Gewichtszölle für Vieh seit 1906, hat es unsere Landwirtschaft verstanden, sich den veränderten Verhältnissen anzupassen und auch in den letzten Jahren Agrarprodukte im Werte von durchschnittlich 454 Millionen Mark in der Zeit von 1910 bis 1913 auszuführen. Dieser Ausfuhr steht allerdings eine namhafte Einfuhr ( $\frac{3}{4}$  Milliarden Mehreinfuhr) gegenüber, ein Zustand, der aber nicht aufrecht zu bleiben braucht, weil unsere Landwirtschaftserzeugung, wie gezeigt wurde, außerordentlich steigerungsfähig ist. Die Ausfuhr nahezu aller Artikel der landwirtschaftlichen Erzeugung würde bei einer Wirtschaftsunion sich lohnend gestalten. In der Ausfuhr stehen die ganze Zeit 1880 bis 1913 Gerste und Malz obenan, wenngleich auch diese durch die Erhöhung des Gersteszolles eine wesentliche Beeinträchtigung erfuhren. Die Ausfuhr der übrigen Getreidearten, die im Jahre 1880 noch nahezu die Hälfte der Gesamtausfuhr betrug, ist seit 1900 zur völligen Bedeutungslosigkeit herabgesunken, was sich aber wieder ändern könnte. Die Ausfuhr von lebenden Schweinen, bis 1895 noch recht beträchtlich, hat infolge der in diesem Jahre seitens Deutschlands getroffenen Sperre völlig aufgehört. Dieselbe betrug im Durchschnitte der Jahre 1880 bis 1884: 321.977 Stück, 1896: 6091 Stück. Wir haben im Handelsvertrage von 1906 ein Schweinekontingent von 80.000 Schweinen zugestanden erhalten, für das wir industriell die größten Opfer bringen mußten. Dieses Kontingent haben wir nie ausgenützt. Das Höchste der Ausfuhr betrug 1909: 2033 Stück, das Niederste der Ausfuhr 1911: 21 Stück. Ein schwerer Mißerfolg unserer Handelspolitik!

Die Ausfuhr von lebendem Rindvieh hat sich trotz aller

Ungunst der Verhältnisse und trotz des Verbotes der Einfuhr von Lebendvieh, bei einem Zugeständnisse gewisser Erleichterungen im Grenzverkehr, dessen ungeachtet schwankend zu behaupten vermocht. Allerdings können wir einen starken Rückgang in Jungvieh und Rühheit seit 1906 und ein Sinken der Ausfuhr von Ochsen wahrnehmen.

Diese Ausfuhr betrug aber 1913 noch immer 23.000 Stück Jungvieh im Werte von 8 Millionen Mark, 15.000 Stück Rühheit im Werte von 5 Millionen Mark und 28.000 Stück Ochsen im Werte von 19 Millionen Mark.

Die bedeutende Zollerhöhung des Jahres 1906 hat auch die Ausfuhr von Pferden schwer bedroht: 1913 Ausfuhr 5900, 1905 noch 19.200.

Auch die Schafausfuhr hat infolge der Einfuhrerschwerungen völlig aufgehört.

Unsere verminderte Getreide- und Viehausfuhr suchte die österreichische Landwirtschaft in Anpassung an die aufgezwungenen Verhältnisse durch die erhöhte Ausfuhr von Fleisch, Milch und Rahm, Federvieh und Eier wett zu machen.

1880 Fleisch	0.2 Mill. Mark	Milch	1880 0.3 Mill. Mark
1912 "	3.0 " "	"	1913 0.7 " "
1880 Federvieh	2.7 Mill. Mark	Eier	1880 12.4 Mill. Mark
1913 "	12.2 " "	"	1913 76.5 " "

1912 bis 1913 deckten wir 5½ % des Gesamtbedarfes an Ochsen, 7 % des Geflügelbedarfes, 6 % des Fischbedarfes, 15.8 % des Eierbedarfes und 4 % des Futtermittelbedarfes des Deutschen Reiches.

Wenn durch einen Zollverband die bisherigen Erschwerungen wegfallen und wir zur ungehinderten Ausfuhr unseres Rindviehes (unsere Schweineproduktion benötigen wir für uns selbst) und der übrigen tierischen Produkte gelangen, wenn ferner der erhöhte Gersteszoll wegfällt, durch den die österreichisch-ungarische Landwirtschaft so schwer betroffen wurde, wenn die Obstzölle beseitigt würden, woran die deutsche Obstzucht keinerlei Schaden erleiden würde, da die Bewertung des deutschen Obstes sich

weit günstiger gestaltet, wenn der Eierzoll entfiel (2 Mark auf den Doppelzentner) und durch eine entsprechende Tarifpolitik unser Eier- und Geflügelverkehr gefördert würde, der auf 20 Mark für den Doppelzentner erhöhte Butterzoll beseitigt würde, der Zoll für Flach, Hanf, Klee- und Leinensaat, Sämereien, frisches Gemüse, lebende Pflanzen, frische Blumen für Österreich entfiel, würde dies für die österreichisch-ungarische Landwirtschaft eine Intensivierung und Produktionsvermehrung bewirken, wie eine solche der hohe Zollschutz vergeblich zu erreichen versuchte. Es ist zu bedenken, daß eine wesentliche Erhöhung der Produktion der Landwirtschaft im Deutschen Reiche kaum mehr möglich ist, und daß wir durch den Eintritt in ein gemeinsames Wirtschaftsgebiet an dem Deutschen Reiche einen an Bedarf wachsenden, stabile gute Preise zahlenden Abnehmer besäßen.

Die Öffnung der Tore nach dem Deutschen Reiche würde eine Schädigung der einheimischen Approvisionnement zur Folge haben, die nur durch die Einfuhr aus den Balkanländern wett zu machen wäre. In der Rückkehr zu dieser Politik, die übrigens auch in diesem Kriege ein schweres Politikum\* beinhaltet, liegt der Weg für unsere Außenpolitik der Zukunft und der Ausgleich zwischen Landwirtschaft und Industrie. Wie vor den Zeiten der strengen Absperrung, würden wir wieder in die Lage versetzt, Schlacht- und Nutzvieh in großen Mengen nach Deutschland zu guten Preisen abzusetzen und unseren eigenen Bedarf aus den Balkanländern zu ergänzen. Diese Verhältnisse sind erprobt und hat die Ausnützung der Preisspannung zwischen Ost und West unserer Volkswirtschaft wesentliche Vorteile gebracht.

---

\* Der Franzose René Henry schrieb am 10. Mai 1903 an einen Politiker in Österreich: „... unser (der Gegner der Centralmächte) Hoffen ist eng verbunden ... mit Zollverwicklungen, deren Urheber die Agrarier sein werden ... und mit einer unvorhergesehenen Wendung, welche der „Drang“ am Balkan ... nehmen könnte“.

Vor allem ist die Erhöhung der Eigenproduktion anzustreben, für den Mehrbedarf wäre das Tor nach Osten zu öffnen. Dem übersee-Import an Fleisch darf für die Zukunft nicht das Wort geredet werden. Gründe: nur mit sehr großen Investitionen und ungeheurer Ausdehnung rentabel, dann aber für den Fleischverkehr ausschlaggebend, was zu einer schweren Schädigung der eigenen Schlachtviehproduktion führen müßte. Bei der Öffnung der Tore nach dem Balkan ist die Einfuhr von lebendem Schlachtvieh als zweckmäßig in der Fleischversorgung in Betracht zu ziehen, dafür aber die heimische Landwirtschaft vor Seucheneinschleppungen durch umfassende Vorkehrungen zu schützen. Als solche kämen in Betracht: Die Schaffung vollständig getrennter Marktplätze und Stallungen in den zur Verschickung mit diesen Tieren bestimmten Märkten, der Abschluß von Veterinärkonventionen, welche einen Überblick über die Seuchenverhältnisse der Balkanländer ermöglichen. Nach deren Stand wären die Einfuhrsbedingungen zu regeln. Bei Seuchengefahren müßte auf die ausschließliche Benützung von Grenzschlachthäusern gedrungen werden. Da die Vermehrung der Produktion keineswegs sprunghaft, sondern trotz zielbewußter Förderung bei Durchführung der angelegten Reformen nur langsam der Natur der Sache nach sich vollzieht, würde für die deutsche Landwirtschaft keinerlei Nachteil, für die österreichische und deutsche Industrie aber gewiß ein großer Vorteil durch die wirtschaftliche Erstarkung unserer landwirtschaftlichen Produktionskreise sich ergeben.

Auf den Schlachtfeldern wird für die Neugestaltung Österreichs und die Erstarkung der Donaumonarchie gekämpft. Mögen die verantwortungsvollen Stellen unseres Vaterlandes sich darüber klar sein, daß die Neugestaltung Österreichs im engsten Zusammenhang mit der glücklichen Lösung auch der erörterten agrarpolitischen Probleme steht und ohne diese nicht möglich ist. Die ungeheuren Opfer an Gut und Blut, die die Söhne der Donaumonarchie in diesem Kriege gebracht haben, verpflichten zu einer sorgfältigeren und eindringlicheren Behandlung dieser Fragen, wie dies bisher der Fall

war. Der Ausgleich zwischen Landwirtschaft, Industrie und Konsumenten muß in einer versöhnlichen Wirtschaftspolitik gefunden und damit die tiefe Kluft, die die Klassenkämpfe der letzten Jahre in unser Volkstum gegraben haben, überbrückt werden. Noch in jüngster Zeit wurde von Vertretern extrem agrarischer Klassenpolitik in Wiener Tagesblättern verkündet, daß der Wert und die Bedeutung des Hochschutzzolles darin liege, das Verbrauchertum (den Konsum) für die einheimische Produktion sicherzustellen. Dieser Zweck sei auch voll erreicht worden. Allerdings, aber mit welchem Erfolge haben die Erfahrungen des Krieges gezeigt! Nicht die Existenz der Erzeuger ist durch die Verbraucher, wohl aber die Existenz der Verbraucher mit allen Artikeln der Volksernährung sicherzustellen. Das ist die große Wirtschaftslehre des Krieges für die kommenden Zeiten. Die Landwirtschaftspolitik muß im Sinne einer einheitlichen, das ganze Volk fürsorglich umfassenden Volkswirtschaftspolitik mit den Wirtschaftserfordernissen der übrigen produzierenden Stände und der Konsumenten in harmonischen Einklang gebracht und damit die gedeihliche Entwicklung unserer Volkswirtschaft für die Zukunft gesichert werden. Dies ist möglich, es muß nur ernsthaft angestrebt und gewollt werden!

**BIBLIOTEKA**  
Generalnego Sekretaryatu  
Naczelnego Komitetu Narodowego.

Druckerei „Leykam“, Graz.